

Calmer Tagblatt

Nr. 272 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Verkaufpreis: In der Stadt mit Zeitungslohn 8000/00 000 M., wöchentlich. Postbezugspreis 800000000 M., ohne Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenaufnahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Nach Berliner Blättermeldungen sollen günstige Aussichten bestehen, von amerikanischen, englischen und holländischen Finanzgruppen eine Anleihe zu erhalten zwecks Stabilisierung der deutschen Währung u. Beschaffung von Lebensmitteln. Man wird gut tun, nicht allzu große Hoffnung auf diese Aussichten zu setzen.

Im Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde gestern über die Ruhr- und Rheinfrage beraten. Man war sich darüber einig, daß weder das Ruhrgebiet noch das Rheingebiet jemals in Stücke gelassen werden könnten, und daß man danach trachten müsse, endlich doch zu einer erträglichen Vereinbarung mit Frankreich zu kommen. Wenn allerdings die französische Verschleppungspolitik so fortgeht, so wird alles Bestreben deutscherseits ohne Erfolg bleiben.

Poincarés letzte Rede war vom „Matin“ so gedeutet worden, als solle auch das Ruhrgebiet bis zur vollständigen Abklärung der Reparationen besetzt gehalten werden. Havas erklärt nun „berichtigend“, daß das Ruhrgebiet natürlich nicht gemeint sei, daß man letzteres aber erst nach Vereinbarungen mit Frankreich und Belgien räumen werde.

Die Votschakterkonferenz ist anscheinend auf dem Wege zu einem Kompromiß über die Fragen der Militärkontrolle und der Einreise des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland.

Die Sozialdemokraten beabsichtigen einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Stresemann.

Der Kampf um Ruhr und Rhein.

Die Ruhr- und Rheinfrage vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 19. Nov. Das Hauptinteresse des heutigen Tages konzentrierte sich auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die der Beratung über die rheinisch-westfälische Frage gewidmet war. Die Sitzung erhielt eine besondere Note dadurch, daß außer den Reichsausschussmitgliedern auch die Reichstagsabgeordneten aus den besetzten Gebieten hinzugezogen waren. Von der Reichsregierung waren mit dem Reichskanzler der Innenminister Dr. Jarres, der Minister für die besetzten Gebiete, Fuhs, der Finanzminister Dr. Luther, der Verkehrsminister Defer und dann als Vertreter des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Müller erschienen. Der Reichsrat war durch zahlreiche Vertreter der einzelnen Länder vertreten, darunter auch dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, dem bayerischen Gesandten Dr. v. Preger, dem sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer, dem württembergischen Gesandten Hildenbrandt, dem Vertreter Badens Dr. Niehe und a. Auch viele Vertreter der einzelnen Reichsministerien, u. a. der Staatssekretär Fehr. v. Maltzahn vom Auswärtigen Amt, nahmen an den Beratungen teil. Nach einem eingehenden Referat des Reichskanzlers über die Stellungnahme des Kabinetts zur Rhein- und Ruhrfrage entwickelte sich eine längere Aussprache, die sich bis in die Nachmittagsstunden hinzog und bei der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Wie wir erfahren, kam allgemein zum Ausdruck, daß die rheinisch-westfälische Frage angesichts der ungeheuren Notlage dieser Gebiete einer schnellen Lösung entgegengeführt werden müsse und daß man weiter versuchen müsse, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen. In der Debatte wurde darauf gelegt, ob es nicht angebracht sei, die besetzten Gebiete, die ja bekanntlich vor dem Krieg in steuerlicher Beziehung ein Uebersehungsgebiet darstellten, durch eine Neuorganisation ihrer Verwaltung in den Stand zu setzen, die Lasten für die soziale Fürsorge selbst zu tragen. Irrendwelche Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt; der Reichskanzler wird vielmehr heute abend eine weitere Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete haben.

Ausländische Kredite für Deutschland?

Berlin, 20. Okt. Ueber die in Aussicht stehenden Kredite für Deutschland weiß die „Bosnische Zeitung“ noch mitzuteilen, daß es sich um Kredite aus Amerika, England und

Holland handle. Hervorragende Bankfirmen aus diesen drei Ländern wollen sich an der Errichtung der Goldnotenbank, die die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems bilden soll, mit Krediten in der Gesamthöhe von 1400 Millionen Goldmark beteiligen. Auf den amerikanischen Kredit soll ein Betrag von 170 Millionen Dollar, also etwa die Hälfte des Gesamtbetrages, entfallen. Wie es heißt, soll die Paraphierung des Vertrags in den nächsten Tagen erfolgen.

Berlin, 19. Nov. Ueber die Gewährung ausländischer Kredite, über die der Reichskanzler gestern vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei und heute im Auswärtigen Ausschuss Andeutungen machte, wie das „Berl. Tageblatt“ folgende Einzelheiten mitteilen können: Zwischen den deutschen maßgebenden Stellen und einer amerikanischen Gruppe werden seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Währungs- und Nahrungsmittelkredit geführt. Für den Währungskredit allein soll ein Betrag von 1 Milliarde Dollars in Betracht kommen. Die Aussichten für das Zustandekommen des Abchlusses sollen dem Blatt zufolge, nicht ungünstig sein. Die ausländischen Geldgeber machten zur Voraussetzung, daß eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland eintritt und daß Deutschland vor Experimenten des Rechts- und Linksradikalismus bewahrt bleibe. Als Garant des Kredits soll die Gesamtheit der deutschen Grundbesitzerverbände fungieren. Die Ernährungskredite sollen so gestaltet werden, daß sie erst nach sechs bis neun Monaten abgelehrt zu werden brauchen.

Die amerikanische „Hilfsbereitschaft“.

London, 19. Nov. Der New Yorker Berichterstatter des „Daily Express“ meldet, daß Handelssekretär Hoover eine Hilfsaktion zur Unterstützung Deutschlands und zur Ueberwindung der französischen Aushungerungspolitik durch Vorschläge an die deutsche Regierung und Kredite in Höhe von 345 000 000 Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln in Amerika vorschlägt. — Der Washingtoner Mitarbeiter des „New York Herald“ schreibt: Coolidge sei überzeugt, daß die amerikanische Hilfe für Deutschland notwendig sei. Die eigentliche Frage sei die Ausgestaltung dieser Hilfe und wie lange Deutschland es aushalten könne, bevor es die amerikanische Hilfe dringend gebrauche. — Man muß sagen, über die amerikanische „Humanität“ geht nichts. Man will also untersuchen, wie lange das deutsche Volk hungern kann, bis es „dringend“ notwendig ist, daß man es unterstützt.

Französische Auslegung der letzten Rede Poincarés.

Das Ruhrgebiet als Erpressungsmittel.

Paris, 19. Nov. Der gestrigen Rede Poincarés gibt der „Matin“ eine Auslegung, die gerade im Augenblick der ernsthaftesten Diskussion zwischen London und Paris nicht verfehlt wird, sowohl in London, als auch in Washington ungeheuren Eindruck zu machen. Bei der Betrachtung über die bevorstehende Entscheidung in der Votschakterkonferenz schreibt das Blatt: Wie dem auch sei, die französische Regierung hat eine Sicherheitsmaßnahme getroffen, deren ganze Bedeutung man unterstreichen muß. Sie hat sich entschlossen, das Ruhrgebiet nur zu räumen, wenn alle in Versailles unterzeichneten Klauseln ausgeführt und Frankreich solide gegen Angriffsabsichten gesichert ist. Bis jetzt waren unsere Truppen nur im Ruhrgebiet auf Grund von Sanktionen angesichts der Reparationsverfehlungen. Bis jetzt war es klar, daß wir das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen werden. Poincaré aber hat gestern erklärt, daß wir jetzt aus anderen Gründen dort bleiben: Wegen unserer Sicherheit. Es handelt sich jetzt nicht um Reparationen, sondern von jetzt ab werden wir das Ruhrgebiet nur dann verlassen, wenn die Entwaffnung Deutschlands auf das Maß zurückgeführt wird, das der Versailler Vertrag vorsieht, und wir unsere Militärkontrolle jederzeit und in jedem Ort einsehen können, um uns davon zu überzeugen, daß Deutschland seine militärischen Verpflichtungen erfüllt. Man kann sich nicht wundern, daß wir den Versuch machen, Hand zu legen auf die Haupt-

stützungszentren, der deutschen Bergwerke und Metallindustrie, solange, bis Deutschland aufhört, unsere Zukunft durch Verletzung seiner Verpflichtungen zu bedrohen.

Eine „Berichtigung“ zu Poincarés letzter Rede.

Paris, 19. Nov. Die Havasagentur veröffentlicht folgende offiziöse Note: Gewisse Blätter scheinen den Sinn der Worte, die der französische Ministerpräsident gestern in seiner Rede in Neuilly ausgesprochen hat, nicht verstanden zu haben. Er hat erklärt: Wir sind im übrigen entschlossen, die auf Grund des Friedensvertrags besetzten Gebiete nicht zu räumen, sofern nicht alle in Versailles unterzeichneten Klauseln vollkommen erfüllt sind. Diese Worte bezogen sich auf die besetzten Gebiete am linken Rheinufer und auf die Brückenköpfe. Es versteht sich von selbst, daß sie sich nicht auf das Ruhrgebiet beziehen können, über das kein Entschluß getroffen werden kann, ohne ein vorheriges Uebereinkommen zwischen Frankreich und Belgien. — Dieser Satz ist gerade so vieldeutig wie die anfängliche Darlegung.

Am Freitag Empfang der deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

Paris, 19. Nov. Die Vertreter der deutschen Regierung werden am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Währungslage abgeben.

Die französische Hege gegen Deutschland.

Paris, 18. Nov. Auf dem gestrigen Bankett des republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft hielt der Vorsitzende des Komitees, Senator Chauvet, eine Rede, im wesentlichen innerpolitischen Inhaltes, die jedoch vielerlei Anspielungen auf die außenpolitische Lage enthielt. Französischerseits habe man, so sagte der Redner, immer Zugeständnisse gemacht und die Möglichkeit einer Verständigung geradezu erschöpft. Seit fünf Jahren bringe jeder Monat, jede Woche, jeder Tag neue Verstöße Deutschlands gegen seine feierlichen Verpflichtungen. Die Loyalität Deutschlands sei erwiesen und sie sei unüberwindlich. Wenn Deutschland gegen das Unternehmen der bayrischen Nationalisten sei, so nur deshalb, weil es dieses augenblicklich für verfrüht halte. General von Seeckt, derselbe, der das furchtbare (!) Rüstungswerk der Reichswehr geschaffen habe, ein Werk, von dem das aufgelöste Deutschland zusammengehalten aber auch beherrscht werde, warte nur auf seine Stunde. Er brauche nach seiner Meinung etwa 10 Jahre, um die ungeheure Maschine aktionsfähig zu machen, von der er den Sieg erhoffe. In Frankreich sehe man das. Werde man es auch geschehen lassen? Frankreichs Alliierte, namentlich seine englischen und amerikanischen Freunde, bemerkten die Gefahr nicht so deutlich, wie die Franzosen. Wenn Frankreich sich erhalten wolle, so sei es gezwungen, seine Politik weiter zu verfolgen. Der Senator hielt es auch für notwendig, Deutschland vor einer falschen Vorstellung von den kommenden Wahlen im Jahre 1924 zu warnen. Deutschland, so erklärte er, schmeichle sich, daß das allgemeine Wahlrecht, von den Machenschaften der inneren Politik auf Abwege geführt, den Ministerpräsidenten desavouieren und den geschickten und klar blickenden Piloten, der Frankreich schon durch so viele Klippen hindurchgeführt habe, vom Regierungssessel wegtreiben könne. Wir für unsern Teil, erklärt der Redner, sind unbewegsam.

Der deutsche Gewerkschaftsbund der besetzt. Gebiete über die Ziele Frankreichs.

Köln, 19. Nov. Die in den letzten Tagen abgehaltene Versammlung sämtlicher führender Persönlichkeiten des deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) der besetzten Gebiete hat nach eingehender Beratung der gegenwärtigen politischen Lage einstimmig folgende Entschliebung angenommen: 1. In Anbetracht der wirtschaftlichen Zerrüttung und der dadurch hervorgerufenen Notstände und Gefahren erklärt der Deutsche

ten (in Mil-
-100, Schüb-
nen 100-120,
32-40, Note
40-100 das
-280, Rosen-
0 das Stüd;
len 240, Erb-
schpulver 600
Millarden die
Butter kostete
argarine 700,
tt 650-720,
n das Pfund,
-240, Tiffier
die 100 Gr.,
Camembert

holzverksteige-
e Käufer in-
rucht mitge-
m einen Ge-
Steigerung
holzsteife zwi-

den Ober- und
holländischen Verlebe-

n. Calw.
Calw

gen

“

gen.
iten
ern.
eigt
tag

eds
nen.
“

GE

ge-
hren
der
lung
der

en
ent-
nison
Frist

rei

. 151

TE

ADRESSKARTEN

Gewerkschaftsbund für die besetzten Gebiete: Wir bedauern, daß es noch immer nicht gelungen ist, die zwischen den Völkern Europas bestehenden Differenzen auf dem Wege einer Verständigung auszugleichen. Er erblickt in der bisher von Frankreich beobachteten Haltung den hauptsächlichsten Hinderungsgrund. 2. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Arbeiterbewegung sich so aktiv an der Vertreibung der gedungenen separatistischen Banden beteiligte. Der Kampf gegen diese, jeder politischen Zwecken baren Verbrecherbanden wird mit unverminderter Kraft und Fähigkeit fortgeführt werden. 3. Die rheinische Bevölkerung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre Bestimmung nicht ändern und ihren klaren Willen nicht fällen läßt. Sie will mit ihren deutschen Brüdern im gemeinsamen Vaterlande zusammen bleiben. Die Vortreibung vom Deutschen Reich wird für sie immer undiskutierbar sein. 4. So sehr wir die Bedrängnis an Rhein und Ruhr würdigen und so tatkräftig in allen Instanzen wir uns für ihre Haltung und Befreiung einsetzen, so wenig vermögen wir eine Lösung der schwierigen Lage darin zu sehen, daß jetzt in der Zeit höchster Erregung durch staatliche Befehle von höchster Tragweite unser seitigeres Verhältnis tiefgreifend verändert wird. Das Ziel Frankreichs steht nach soviel unglücklichen Zeugnissen der letzten Zeit fest. Es liegt in der Zertrümmerung Deutschlands, in der Verkrüppelung unserer Wirtschaft und in der Demoralisation des deutschen Volkes. Wir warnen vor den zu erwartenden Enttäuschungen und insbesondere davor, Frankreichs Vorhaben durch falsches Entgegenkommen zu fördern. 5. Die von Frankreich für notwendig gehaltene Sicherheit seiner Grenzen liegt einzig und allein darin, daß das Volk an Rhein und Ruhr seinem Willen entsprechend ungehemmt und ungehindert alle notwendigen politischen Ansprüche an Staat und Reich geltend machen und durchsetzen kann.

Die französische Verschleppungspolitik bezüglich der Wiederaufnahme des Verkehrs.

Berlin, 19. Nov. Die Reichsbahn als Trägerin des rheinischen Verkehrs hat nach Einstellung des passiven Widerstands alles daran gesetzt, um das Verkehrswesen und damit das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete wieder in Gang zu bringen. In Düsseldorf wurde mit den maßgebenden französischen Stellen ein Rahmenabkommen getroffen, das einen modus vivendi anbahnen und durch technische Einzelverhandlungen in Mainz ausgefüllt werden sollte. Irgend ein Ergebnis konnte in Mainz seither nicht erzielt werden, da die Franzosen, hinausgehend über die Abmachungen in Düsseldorf, nunmehr in Mainz kategorische Forderungen stellen, die für die deutsche Seite untragbar sind. Frankreich sucht die rheinischen Eisenbahnen lediglich als Objekt seiner politischen Absichten auszuwerten, wobei der sachliche Gedanke des baldigen Wiederaufbaus des Verkehrs vollkommen in den Hintergrund tritt. Ein derartiges Vorgehen ist nach den seitherigen, an anderen Stellen schon mit Frankreich gemachten Erfahrungen nicht überraschend. Für die Folgen ist Frankreich voll und ganz allein verantwortlich.

Weitere englische Kohlenkredite für Deutschland.

Berlin, 18. Nov. Der Abbruch der Verhandlungen mit den deutschen Kohlenbesitzern durch die Ingenieurkommission hat in weiten Kreisen lebhafteste Enttäuschung und Besorgnis hervorgerufen, wurden damit doch die Erwartungen auf stärkere Belieferung des unbesetzten Deutschland mit Ruhrkohlen für die nächste Zeit wieder hinfällig. Besonders schwer ist die Enttäuschung bei der Reichsbahn, die gehofft hatte, durch Bestellungen von Ruhrkohlen endlich eine Erleichterung in ihrem Bezug von ausländischen Kohlen zu erzielen und damit Devisen zu ersparen. Wenn die Reichsbahn nunmehr für die nächste Zeit mit einem weiteren Bezug von englischen Kohlen, soweit das ihre Betriebsführung erfordert, rechnen muß, so ist ihr dieses Vorgehen im Augenblick dadurch wesentlich erleichtert, daß es nach schwierigen Verhandlungen in London in den letzten Tagen gelungen ist, zu den üblichen Bedingungen von führenden Bankfirmen der City einen Kredit von 3 Millionen Pfund Sterling für Kohlenbeschaffungen zu erhalten, den sie aber nur im Anfange ihres Bedarfes in Anspruch zu nehmen braucht. Daß für einen solchen offenen Kredit unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Reiches von den ausländischen Geldgebern Garantien verlangt werden, wird jeder Kenner unseres Wirtschaftslebens wissen. Wenn es der Reichsbahn gelungen ist, diese Garantien beizubringen, so verdankt sie dies in erster Linie der verständnisvollen Unterstützung der deutschen Industrie und der Mitwirkung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, sowie der Bürgschaft von führenden deutschen Banken. Für die Finanzierung des Kredits kamen von dem eigenen Besitz der Reichsbahn nur die eigenen unaufgeschlossenen Braunkohlenfelder bei Bitterfeld und Lübbenau in Betracht. Wenn in einer Berliner Zeitung die Meinung ausgesprochen ist, daß hierdurch die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Vorortbahn, die aus dringenden finanzpolitischen Gründen vorübergehend zurückgestellt werden mußte, beeinträchtigt würde, so zeigt dies wenig wirtschaftspolitisches Verständnis, da es doch wohl bekannt sein dürfte, daß durch eine Erschließung der Fesler das Pfandrecht des Gläubigers nur wertvoller werden könnte.

„Druck“ der Alliierten auf Frankreich.

London, 19. Nov. Einer Neutermeldung aus Newyork zufolge schreibt der „Newyork Herald“ in einem Leitartikel, die Nachrichten aus London und Rom müßten ernste Besorgnisse unter dem französischen Volk auslösen, ob sich Poincaré in seiner Nachkriegspolitik nicht geirrt habe. Das

Blatt fährt fort, das französische Volk müsse die Unklugheit einer Politik einsehen, die einen möglichen Verlust der Unterstützung Frankreichs durch seine besten Freunde unter den Nationen bedeute.

Die voraussichtliche Entscheidung der Vorkonferenz über die Militärkontrolle und die Kronprinzenfrage.

Paris, 20. Nov. Die Agence Havas will erfahren haben, daß die Vorkonferenz in der Frage der Militärkontrolle in Deutschland sich wahrscheinlich auf folgender Grundlage einigen wird. Sie wird der deutschen Regierung mitteilen, daß die Militärkontrolle in aller kürzester Zeit wieder ausgenommen wird und fragen, ob die deutsche Regierung hierzu ihre Zustimmung gebe oder nicht. Der Kontrollkommission stehe es zu, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen sie ihre Pflichten ausüben wolle. Wenn Hindernisse entstehen würden, habe sie zu entscheiden, ob die deutsche Regierung hierfür verantwortlich sei und in welchem Maße. In diesem Falle würden die Alliierten sich verständigen, um wenn nötig, Maßnahmen zu ergreifen. — Was den Kronprinzen anbelangt, so werde man in Anbetracht der Tatsache, daß er einen Verzicht auf den Thron ausgesprochen und das Versprechen gegeben habe, als Privatperson in Deutschland zu bleiben, die deutsche Regierung auffordern, streng darüber zu wachen, daß er das gegebene Versprechen halte.

Paris, 19. Nov. Die Vorkonferenz hat um 6.30 Uhr eine kurze Sitzung abgehalten und sich auf morgen vertagt, da der englische Botschafter noch nicht die Instruktionen seiner Regierung erhalten hat.

Ausweisungen (A) rheinischer Bürger durch Sonderbündler.

Köln, 20. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Trier: Dem Vernehmen nach hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik im Bezirk Trier den Gewerbestellungsleiter Albrecht, sowie den Schriftleiter des „Trierischen Volksfreund“, Hoffmann, aus dem Rheinland ausgewiesen. Bei der Grenzstation Eschhofen hinter Limburg wurden die Ausgewiesenen französischen Grenzposten übergeben. Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt dazu: Es ist das erste Mal, daß die Sonderbündler sich die Macht angemaßt haben, rheinische Bürger aus ihrem Bezirk auszuweisen. Es darf erwartet werden, daß die Reichsregierung sich dieses Falles besonders annimmt und vor allen Dingen bei der Rheinlandkommission in Erfahrung zu bringen sucht, mit welchem Recht solche Ausweisungen durch eine von der überwiegenen Mehrheit der Bevölkerung nicht anerkannte Sonderbündlerische Regierung erfolgt sind.

Der Kampf gegen die Sonderbündler.

Oberpleis, (Siebengebirge) 17. Nov. (W. B.) In der Gegend von Aegidienberg ist es gestern zu einer förmlichen Schlacht gekommen. 14 Sonderbündler wurden hierbei getötet. Die Bevölkerung hatte 2 Schwerverletzte, von denen einer inzwischen gestorben ist. Es verlautet, daß die Sonderbündler zumeist aus Leuten bestehen, die von den Belgiern aus der Gegend von Arelsen verwiesen wurden. Beim Eintreffen in den Ortschaften des Siebengebirges haben sie sofort mit Requisitionen begonnen, woraufhin die Ortsbevölkerung sich zur Wehr setzte.

Deutschland.

Vor dem Wiederbeginn der Reichstagsitzungen.

Berlin, 19. Nov. Wie die Blätter mitteilen, wird der Aelterenrat morgen zwei Stunden vor dem Zusammentritt des Plenums eine Sitzung abhalten, um die Geschäftslage zu besprechen. Man rechnet damit, daß sich die politische Aussprache im Reichstage bis Freitag ausdehnen wird, wobei der Bußtag für Fraktionsitzungen freigehalten werden soll. Eine Entscheidung des Reichstags über ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum dürfte, falls überhaupt derartige Anträge gestellt werden sollten, vor Freitag nicht zur Erörterung kommen. Weitere Sitzungen des Reichstags sind bisher nicht in Aussicht genommen.

Ein bevorstehender Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Stresemann.

Berlin, 19. Nov. In der heutigen Besprechung der Zentrumsfraktion des Reichstages über die politische Lage wurde die Meinung der Fraktion dahin zusammengefaßt, daß sie sich an dem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann nicht zu beteiligen gedente und daß sie zu dem Vertrauensvotum Stellung zu nehmen zur Zeit noch keinen Anlaß habe. — Von der sozialdemokratischen Fraktion, die ihre Beratungen heute abend noch nicht beendete, sondern sie morgen vormittag fortzusetzen gedenkt, ist, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ein motivierter Mißtrauensantrag zu erwarten, der besonders auf die Verhältnisse in Sachsen und Thüringen Bezug nehmen wird. — Dieser Vorstoß der Sozialdemokraten könnte zum Sturz des

Kabinetts führen, da — wenn auch aus entgegengesetzten Gründen — die bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen ebenfalls gegen Stresemann sind.

Der Reichswehrminister zum bayerischen Konflikt.

Hamburg, 19. Nov. Reichswehrminister Dr. Geßler äußerte gegenüber einem Vertreter des „Hamburgischen Fremdenblattes“ zu dem bayerischen Konflikt u. a.: Mir kam es von Anfang an darauf an, die Autorität der bayerischen Regierung zu stützen. Die unruhigen Elemente sollten sehen, daß hinter der bayerischen Regierung auch die Machtmittel des Reiches ständen. Als daher der „Bölkische Beobachter“ unter der üblichen Beschimpfung der politischen und militärischen Spitzen des Reiches die Reichswehr zum Ungehorsam aufreizte, forderte ich das Verbot, da ich bemerkte, daß in Bayern aus Furcht vor der Strafe man den Entschluß dazu nicht finden konnte. Ich fand kein Gehör. General v. Lossow, dem ich dann auftrag, seinerseits das Verbot auszusprechen, meldete, er würde sich dadurch in Gegensatz zu dem Generalkommissar setzen. Er bat mich dringend, den Befehl zurückzuziehen. Ich tat dies und verlangte, um es General v. Lossow zu ersparen, sich mit Herrn von Kahr zu überwerfen, daß er selbst das Verbot vollstrecke. General v. Lossow verweigerte endlich ausdrücklich den Gehorsam. Nach meiner Ansicht durfte Herr v. Kahr einer Auseinandersetzung mit den Anhängern des „Bölkischen Beobachters“ nicht ausweichen, wenn er sich nicht vollständig in ihre Hand geben wollte. Ihm hierbei seitens des Reiches zu helfen, war meiner Ansicht nach geboten. Er hat die helfende Hand zurückgestoßen und sich auf den Weg begeben, der zu dem Umsturzveruch vom 8. November führte. Auch den General v. Lossow kann ich von Schuld nicht freisprechen. Wenn er glaubte, um seines Gewissens willen nicht gehorchen zu können, so mußte er um seine Enthebung vom Dienste nachsuchen. Sie wäre ihm nicht verweigert worden. Sicher hätte man nicht verlangt, daß er dem Buchstaben gemäß den Befehl ausgeführt hätte. So aber blieb er im Dienst und veranlaßte seine Untergebenen, denselben Weg zu gehen.

Dünebruch an der pommerschen Küste.

Berlin, 19. Nov. Wie der „Montag“ aus Kolberg meldet, ist an der hinterpommerschen Küste bei Dankerort bei den letzten Stürmen ein Durchbruch erfolgt. Die Düne ist auf eine Länge von 150 Meter weggespült. Gewaltige Wassermengen haben sich in den dahinter liegenden Budowersee ergossen. In dem Dorfe Dankerort ist das Wasser bereits in die Häuser gedrungen. In der Nähe des Fischerdorfs Neuwasser wurden in einem Walde 150 große Bäume von der Sturmflut entwurzelt.

Selbstjustiz.

Berlin, 17. Nov. Aus Furcht vor Strafe erschoss der Eisenbahnsekretär Treumann seine Frau und sich. Treumann hatte auf seiner Dienststelle im Bahnhof Westend 300 Billionen unterschlagen.

Vermischte Nachrichten.

Belgische Unteroffiziere in Leipzig „belästigt“?

Paris, 18. Nov. Aus Brüssel wird berichtet: Sobald die Regierung von der Nachricht Kenntnis erhalten hat, zwei belgische Unteroffiziere seien in Leipzig belästigt worden, hat sie den belgischen Gesandten in Berlin ersucht, genaue Auskünfte über die Angelegenheit einzuholen.

Das spanische Königspaar in Italien.

Rom, 19. Nov. Der König und die Königin von Spanien trafen heute mittag mit Primo de Rivera hier ein. Sie wurden am Bahnhof von dem König und der Königin von Italien, vom Kronprinzen, dem Ministerpräsidenten Mussolini, den anderen Ministern und von den Spitzen der Behörden empfangen. Die königlichen Herrschaften fuhrten unter den begeistertsten Zurufen der Menge zum Quirinal. Später begaben sich der König und die Königin von Spanien zur spanischen Botschaft beim Vatikan, von der aus sie zum Vatikan fuhrten, um dem Papst einen Besuch abzustatten.

Untergang eines deutschen Dampfers?

Neval, 20. Nov. An der Westküste von Osel wurden Schiffsplanen, Warenkisten und 17 Leichen angespült, letztere teils mit Wunden bedeckt. Es wird angenommen, daß der Hamburger Dampfer „Kronos“, unterwegs von Stettin nach Petersburg, auf eine Mine gestoßen und untergegangen ist.

Zölibat für Bankangestellte in Dänemark.

Die dänischen Banken haben eine Verordnung erlassen in der sie ihren Angestellten die weniger als 4000 Kronen Gehalt haben, das Heiraten verbieten. In einer dieser Banken erreichen die Angestellten diesen Gehalt erst nach vierzehn Jahren. Für den Weg zum Standesamt ist es dann, nach Ansicht der Bankdirektoren, immer noch früh genug. Ob die bereits verheirateten Angestellten, die noch keine 4000 Kronen verdienen, entlassen oder geschieden werden sollen, ist bisher nicht bekannt. Auf jeden Fall werden sich wohl viele Leute finden, die durch Anstellung im Bankgewerbe über das „gefährliche Alter“ hinwegzukommen hoffen.

Bestellen Sie das Galtwer Tagblatt!

